Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 2 (1961)

Heft: 36

Artikel: Das neue Statut der sowjetischen KP (IV) : die Herrschaft der Parteispitze

Autor: [s.n.]

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-1076458

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Das neue Statut der sowjetischen KP (IV)

Die Herrschaft der Parteispitze

Das im neuen Entwurf noch verstärkte Autoritätsprinzip innerhalb der Partei (siehe letzte Fortsetzung) lässt sich nicht allein in den zentralistischen Institutionen und ihren Kompetenzen erkennen, sondern ebensosehr im «demokratischen» Aufbau, der den ergänzenden Bestandteil in der widersprüchlichen Definition des «demokratischen Zentralismus» darstellt. Hier ist zu beobachten, dass die theoretischen Befugnisse der demokratischen Einrichtungen schon in ihren Begriffsbestimmungen entwertet werden.

Die Einschränkungen, denen die «Parteidemokratie» unterworfen ist, lassen sich im Schlagwort zusammenfassen:

— Das einzelne Parteimitglied kann seine Meinung nur äussern, wenn er darum gefragt wird.

— Die KP-Sektionen der untersten Stufen sind nicht einmal für ihre eigenen, lokalen Belange zuständig; auch werden neue Mitglieder nur mit höherer Bewilligung zugelassen.

— Die Parteigenossen können ihre Führung nicht selber wählen. Die Wahlen innerhalb der KP sind (mit Ausnahme der niedrigsten Stufen) indirekt.

— Die Fraktionsbildung ist verboten. Das Vorrangsprinzip der «Partei-Einheit» lässt überdies keine Opposition aufkommen.

— Die russische KP hat den andern Republiken gegenüber eine Vorzugsstellung. Sonst spielt die nationale Ebene überhaupt keine Rolle. Eine föderalistische Struktur gibt es nicht.

Als Faustregel gilt, dass demokratische Einrichtungen nur soweit aufgestellt wurden, als sie nicht funktionieren können.

Kritik heisst Verzeigen

Um die «zentrale Führung» und die «innere Parteidemokratie» unter einen Hut zu bringen, anerkennen sowohl das geltende Statut (Paragraph 4, Absatz b) als auch der neue Entwurf (§ 3, v) die Freiheit auf Kritik und Selbstkritik. Die Kritik darf sich aber nur auf einzelne Parteifunktionäre oder Parteiorgane beziehen, nicht aber auf die Parteilinie im allgemeinen.

Die jetzige Tendenz drückt aber die Möglichkeiten auch offiziell noch weiter herab: Was die einzelnen Fragen der Parteipolitik betrifft, so steht dem Parteimitglied immer noch das Recht auf «freie und sachliche Erörterung in Parteiversammlungen oder in der Parteipresse» zu (Statut § 4, a) — Entwurf § 3, b). Der neue Text gibt aber eine sehr aufschlussreiche Ergänzung: Das Parteimitglied ist berechtigt, «... Vorschläge zu unterbreiten, vor der Annahme des Beschlusses durch die Parteiorganisation seine Meinung zu äussern und zu verteidigen» (§ 3, b). Mit andern Worten heisst das: Nach Beschlussfassung hat die Kritik aufzuhören. (Faktisch ist das natürlich nichts Neues. Die Literatur betont das Prinzip unter Hinweis auf die «Parteidisziplin» häufig genug.)

Dass eine Kritik, die sich praktisch im gegenseitigen Verzeigen zu erschöpfen hat, nicht immer reibungslos funktioniert, lässt übrigens pikanterweise gerade ein Hinweis im neuen Statutenprojekt erkennen, wonach die Verpflichtung besteht (§ 3, v), «jeden Versuch zur Unterdrückung der Kritik zurückzuweisen».

Den tatsächlichen Wert der Meinungsäusserung lässt der Hinweis betreffend Durchführung nationaler Diskussionen über wichtige Fragen der Parteipolitik erkennen. Die an sich demokratische Institution wird zu einem reinen Propagandafeldzug reduziert, wenn erklärt wird (Statut, § 28, Entwurf, § 27): «... Die breite Diskussion, vornehmlich die Allunions-Diskussion über Fragen der Parteipolitik, muss so durchgeführt werden, dass sie nicht zum Versuch einer unbedeutenden Minderheit führen kann, der Mehrheit ihren Willen aufzudrängen oder Fraktionen zu errichten, welche die Einheit der Partei gefährden.»

Kleine Günstlinge nach oben gesichert

«Demokratisch» ist die an sich gewährte Autonomie der Parteiorganisationen (über die Begriffe «Organisation» und «Grundorganisation» — kleinste selbständige Parteieinheiten — siehe KB Nr. 29). Doch auch hier siegt der Zentralismus. Paragraph 23 des geltenden Statuts erklärt, jede Parteiorganisation sei in Entscheidungen über lokale Angelegenheiten autonom, «soweit dies nicht den Parteibeschlüssen widerspricht.» Der Entwurf bringt in seiner Formulierung noch eine weitere Einschränkung: er ersetzt an der entsprechenden Stelle (§ 21) das Wort «Parteibeschluss» durch das Wort «Parteipolitik», was natürlich ein viel elastischerer Begriff ist. Aber die Beschneidung der Zuständigkeit geht im neuen Text noch weiter. Neu hinzu kommt (§ 58, z) die Verpflichtung zur Rechenschaftsablage vor höheren Parteiorganen. (Die Ablegung des Rechenschaftsberichts ist mit seiner Bestätigung verbunden.)

Die Grundorganisation darf kein Parteimitglied ohne Genehmigung des nächsthöheren Parteiorgans aufnehmen (Statut, § 5, b) — Entwurf, § 4, b). Ebensowenig kann sie ohne Genehmigung der übergeordneten Komitees einen Ausschluss verfügen. Dabei muss selbst die Bestätigung noch vom Gebiets- (Grenzgebiets)komitee, bzw. vom Zentralkomitee der republikanischen KP gutgeheissen werden. Berufung ist sogar bis zum ZK der KPdSU möglich (Statut, § 10 — Entwurf, § 10). Damit wird für die Sicherheit unten verhasster, aber in höherer Gunst stehender Genossen gesorgt.

Dabei ist an die *strafrechtliche Immunität der Parteimitglieder* (Statut, § 13 — Entwurf, § 12) zu erinnern. Ein KP-Angehöriger muss erst aus der Partei ausgeschlossen werden, bevor ein gerichtliches Verfahren gegen ihn eingeleitet werden kann.

Schliesslich bleibt von der theoretisch anerkannten Autonomie schon deshalb nichts mehr übrig, weil grundsätzlich erklärt wird (Statut. § 51 — Entwurf, § 54), die Grundorganisationen müssten von den unmittelbar höheren Parteiorganen gelenkt (und natürlich kontrolliert) werden.

Reaktionäres Wahlsystem

Die Parteidemokratie erleidet eine weitere Niederlage durch die Organisation der Parteiwahlen — eine Feststellung auf Grund der kommunistischen Theorie selbst! Die sowjetische staatsrechtliche Literatur erklärt das mehrstufige und indirekte Wahlsystem für antidemokratisch und regressiv. Es wurde auch in Artikel 139 der sowjetischen Verfassung abgelehnt. (Dass es vor 1936 bestand, wird mit den damaligen Umständen begründet).

Auf der Parteiebene aber hat man das indirekte Wahlsystem in sämtlichen KP des Ostblocks beibehalten. Direkte Wahlen gibt es nur auf der niedrigsten Stufe (wo sie unvermeidbar sind). Die Delegierten zu den Gebiets- und Grenzgebietskonferenzen, beziehungsweise zu den Kongressen der republikanischen KPs werden von den niedrigeren Parteikonferenzen gewählt. Die Gebiets- und Grenzgebietskonferenzen sowie die republikanischen Kongresse wäh-

Mitteilung der Redaktion

Die in dieser Nummer abgeschlossene Untersuchungsfolge über das neue Statut der KPdSU erscheint mit erweiterten Quellenangaben als Separatdruck. Es wird für 50 Rappen beim Schweizerischen Ost-Institut zu beziehen sein.

Meldungen von morgen

Werden offene Kriegsaktionen in Südvietnam Chinas Parallelbeitrag zu der von Chruschtschew provozierten Berlinkrise darstellen, um eine «Zwei-Fronten-Krise» hervorzurufen? Laut einer Analyse von «US News and World Report» sprechen Indizien dafür. In Südvietnam sind keine amerikanischen Kampfeinheiten stationiert. Die innere Lage ist prekär (siehe KB Nr. 35). Nach der zögernden Reaktion des Westens auf die Berliner Gewaltmassnahmen kann Peking glauben, durch militärisches Vorgehen in Südvietnam nur gewinnen zu können.

In Nordvietnam wurden in der ersten Hälfte dieses Jahres 2800 Kilometer neue Strassen erbaut. Mindestens unter anderm aus strategischen Gründen.

*

Der grösste künstliche See der Welt ist mit der ersten (von sechs) abgeschlossenen Stauung bei Bratsk (Sibirien) in sein letztes Baustadium getreten. Die Kraftwerke werden eine Gesamtkapazität von 4 500 000 Kilowatt aufweisen. Die beiden ersten Turbinen (je 230 000 kWh) werden ihren Betrieb auf den Parteikongress im Oktober aufnehmen. Mit der Errichtung von Dämmen war am Fluss Angara, nördlich des Baikal-Sees, 1955 begonnen worden.

*

Steigert sich der Widerstand gegen das Hodscha-Regime in Albanien? Radio Tirana meldete vor einer Woche die Auflösung einer «Diversionisten-Bande», die unter Führung eines griechisch-amerikanischen Agenten gestanden habe. Bereits vor zwei Monaten war die Vernichtung einer Einheit «verbrecherischer Feinde» gemeldet worden, «die die Grenze überschreiten und Albanien und sein Volk verraten wollten». Dabei war nicht erwähnt worden, ob die Gruppe das Land betreten oder verlassen wollte.

len die Abgeordneten in den KPdSU-Kongress. Und all diese Körperschaften bestimmen erst ihre Exekutivbehörden, deren Existenz sich demnach auf ein mehrstufiges, kompliziertes Wahlverfahren gründet. (Die Einzelheiten werden in verschiedenen Artikeln von Statut und Entwurf geregelt.)

Die Ausschaltung der Opposition

wird nicht nur durch die enge Begriffssetzung von Diskussion und Kritik garantiert. Wie alle seine Vorgänger betont auch das geltende Statut als wichtigste Pflicht der Mitglieder die Wahrung der Einheit der Partei (§ 3, a). Dazu erklärt der neue Entwurf schon in seiner Einführung, dass «jede Erscheinung von Fraktions- und Gruppenbildung mit der marxistisch-leninistischen Parteiauffassung, mit der Parteimitgliedschaft unvereinbar» sei. Das Gebot der Parteieinheit wird in Paragraph 2, Absatz a, formuliert, ebenso die Pflicht auf strikte Ausführung von Parteibeschlüssen und Verfügungen.

Wer aber der Parteilinie nicht folgt, oder die Parteimoral, das Statut oder das Programm verletzt, kann vom Komitee für Parteikontrolle (siehe KB Nr. 29) ausgeschlossen werden (Statut, § 35 — Entwurf, § 40.)

Republiken als Verwaltungseinheiten

Ausser acht gelassen werden die Ansprüche der nationalen KPs auf Unabhängigkeit oder wenigstens eine breite Autonomie. Vor 1952 nannte man noch eine Republik-KP eine «nationale KP». Doch wird jetzt die föderalistische Parteistruktur grundsätzlich abgelehnt. Die Zentralkomitees der einzelnen republikanischen KPs sind dem ZK der KPdSU unterstellt und haben die gleichen Rechte, wie Gebiets- oder Grenzgebietskomitees (Statut und Entwurf, Kapitel 5). Die Parteimitglieder werden im Entwurf (§ 2, d) verpflichtet, gegen die Ueberreste von Nationalismus und Chauvinismus zu kämpfen.

Hingegen wurde der russischen KP angesichts ihrer besonderen Rolle eine Vorrangstellung eingeräumt: im Sinne des Beschlusses des 20. Parteikongresses wurde das ZK der KPdSU im Entwurf (§ 39) ermächtigt, in seinem Rahmen ein Büro für die RSFR zu errichten.

Frau Nina Chruschtschew hat erstmals einen offiziellen repräsentativen Posten erhalten, und zwar in der Koexistenzpolitik mit den USA, die laut ihrem Gatten als Hauptstütze des internationalen Imperialismus und Neokolonialismus rücksichtsloser als je bekämpft werden müssen. Am 31. August wurde in Moskau das Institut für sowjetisch-amerikanische Beziehungen gegründet. Präsident ist N. N. Blochin, Vorsitzender der Medizinabteilung in der sowjetischen Akademie der Wissenschaften, erste der 16 Vizepräsidenten ist Frau Chruschtschew. Das Institut will sich in erster Linie an Wissenschafter, Künstler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in den Vereinigten Staaten wenden, deren Bürger durch Aufrufe zur «friedlichen Koexistenz zwischen zwei Staaten unterschiedlicher sozialer Systeme» bearbeitet werden sollen. Geplant sind ferner «gemeinsame freundschaftliche Aktionen, um das herrschende Misstrauen zu überwinden».

«Statistik»

Sowjetunion

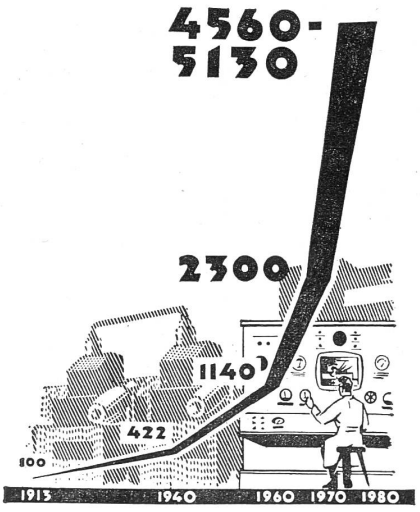
Kurve ins Blaue

Die hier wiedergegebene Zeichnung mit der wostokhohen Kurve über die Zunahme der Arbeitsproduktivität stammt aus dem illustrierten Monatsblatt der Sowjetbotschaft in Wien. Sie basiert auf den Versprechungen des Parteiprogrammes bis 1980 und findet ihre ungezählten Pendants in Darstellungen der ganzen kommunistischen Presse, gewidmet allen Gebieten, von der industriellen Erzeugung an bis zur Freizeitgestaltung.

Zum sachlichen Wert dieser Prognosen lässt sich soviel oder sowenig sagen wie man will. Einerseits dienen sie als Perspektivplan vagster Art für die Siebenjahrespläne und entsprechen somit, wenn schon nicht immer realen Möglichkeiten, doch halbwegs realen Absichten. Anderseits sind sie Propaganda und Zukunftsmusik mit bewusster Täuschungsabsicht. Das gilt insbesondere für die verminderte Arbeitszeit (gegenwärtig wird die Arbeitszeit als «Geschenk» für den Parteikongress vom Oktober erhöht), da die ausfallenden Werkstunden durch den «freiwilligen gesellschaftlichen Aufbau» mehr als nur wettgemacht werden

Was die Produktionspläne angeht, so hat man sie zwar ernst, aber noch lange nicht wörtlich zu nehmen. Das jetzige Parteiprogramm sieht etwa vor, die Industrieproduktion der USA bis 1975 einzuholen. Das gleiche Ziel aber war 1958 bis zum Ende des Siebenjahresplanes gesteckt worden, nämlich 1965. Wobei ein Siebenjahresplan sicherlich seriöser ist als das in mancher Hinsicht offensichtlich utopische Parteiprogramm (Sowjetische und durchaus kommunistische Ingenieure zuckten lächelnd mit den Achseln, als man sie bei einem Aufenthalt im Westen fragte, ob sie an die Erfüllung aller Programmprognosen glaubten).

Diese Darstellung für österreichische Bewunderer aber scheint uns deshalb besonders pikant und aktuell zu sein, weil sie kurz nach der Veröffentlichung der «Woprosi Ekonomiki» (offizielle Zeitschrift des Wirtschaftsinstituts der sowjetischen Akademie der Wissenschaften) erschien, wo die Arbeitsproduktivität zwischen den USA und der UdSSR zuungunsten der letzteren verglichen wurde (siehe KB Nrn. 34 und 35). Der Botschaftskommentator hat übrigens die einschlägige Fachliteratur seines Landes schlecht studiert, denn er gibt für das Verhältnis USA — UdSSR andere Zahlen («doppelt so hoch») an als «Woprosi Ekonomiki» (250 bis 300 Prozent der sowjetischen Arbeitsproduktivität). Oder — was wahrscheinlicher ist — er hat die Zahlen von sich aus verbessert.



Wachstum der Arbeitsproduktivität in der UdSSR (In Prozenten des Jahres 1913).

Das Witzchen

Die von «Kommunist» (26. August) gezeichnete Zukunftsvision ist — das ist der Unterschied — auch als Witz *gemeint*. So manierlich wird es bis dahin zugehen, wie aus dem mitgegebenen Dialog ersichtlich: «Um Verzeihung bitte, was ist denn dort los?» — «Es heisst, jemand habe ein Zündholz aufs Trottoir geworfen.»

Nun, vielleicht wird der Zustand noch Wirklichkeit. Wenn nämlich Zündhölzer solche Mangelware würden, dass man sie selbst in gebrauchtem Zustand nicht wegwürfe. Das würde der kommunistischen Realität bezüglich Verbrauchsgüter schon bedeutend ähnlicher sehen.

Entwicklungshilfe

Guinea

Schneepflüge

Zwei Schneepflüge gehören zu den Gegenständen der sowjetischen Entwicklungshilfe, über deren Verwendbarkeit man sich im tropischen Guinea den Kopf zerbricht. Sie stammen von einem Betrieb, der den Auftrag erhalten hatte, dem befreundeten afrikanischen Staat zwei komplette Einrichtungen für Strassenräumung und Wegmacherarbeiten zu senden. Wozu nach Auffassung der staatlichen Industriellen auch Schneepflüge gehören.

Es ist eines von mehreren Beispielen, bei welchen sich in Guinea Unzufriedenheit mit unbrauchbaren oder wenig brauchbaren sowjetischen Lieferungen zeigt, wenn sich auch keineswegs daraus schliessen lassen kann, dass Sekou Touré etwa seine Wirtschaftskontakte mit der Sowjetunion abbrechen würde. Immerhin glaubt man im Westen einige Zeichen von Ernüchterung festgestellt zu haben (die man nicht überbewerten darf; andere Indizien sprechen für einen weiteren Ausbau der Beziehungen mit dem Ostblock).

Andere Exempel wenig angepasster Lieferungen aus dem Ostblock: An der Strasse, die Conakry mit seinem Flughafen verbindet, stehen einige Tausend WC-Schüsseln. Moskau hatte 10 000 Stück einschiffen lassen, aber ohne Sitze, Deckel oder irgendwelchen sonstigen Zubehör. Oder: